

«Schweizer Filmschaffende werden bereits heute in grosszügigem Masse unterstützt»

Sascha Schmid

Kantonsrat und Vizepräsident der SVP-Fraktion Buchs

Das neue Filmgesetz ist Zwang pur. So möchte uns der Staat nicht nur vorschreiben, welche Filme wir zu schauen haben, sondern möchte gleich noch eine neue Zwangsabgabe schaffen. Streaminganbieter wie Netflix, Blue TV oder Oneplus sollen künftig gezwungen werden, dass jeder dritte Film im Programm europäischer Herkunft ist. Zudem sollen diese «besonders gekennzeichnet» und «gut auffindbar» platziert werden. Als wäre dies nicht genug, sollen Streaminganbieter jährlich mindestens vier Prozent ihrer Bruttoeinnahmen für das «unabhängige Schweizer Filmschaffen» aufwenden oder eine entsprechende Ersatzabgabe bezahlen. Die Zeche der Filmlobby zahlen am Ende Sie als Kunde.

Niemand hat etwas gegen Schweizer Filme. Titel wie «Die Schweizermacher», «Mein Name ist

Eugen» oder «Achtung, Fertig, Charlie!», um nur ein paar wenige zu nennen, haben uns bestens unterhalten. Wohl auch deshalb werden Schweizer Filmschaffende bereits heute in grosszügigem Masse vom Schweizer Steuerzahler unterstützt. Bund, Kantone und Gemeinden haben im Jahr 2019 gemäss Bundesamt für Statistik rund 84 Millionen Franken in den Schweizer Film investiert. Dazu kommen Beiträge der SRG im Umfang von 32,5 Millionen Franken, welche aus den Serafe-Abgaben stammen. Insgesamt entspricht dies staatlichen Subventionen von 116 Millionen Franken.

Mehr Geld heisst nicht, dass die Filme besser werden. Sagen deshalb auch Sie Nein zur neuen Filmsteuer und wählen Sie Ihr Programm weiterhin selbst!



«Die Regelung führt zu Marktverzerrungen»

Luca Frei

Co-Präsident Die Mitte Werdenberg

Die Mitte Kanton St. Gallen wird ihre Parole erst nach Redaktionsschluss fassen, dieser Beitrag widerspiegelt daher einzig die Meinung des Co-Präsidentiums der «Die Mitte Werdenberg». Die Änderung des Filmgesetzes ist eine Reaktion auf eine ähnliche Regelung, welche die Europäische Union und andere Staaten kürzlich eingeführt haben. Doch die Regelung der EU ist ein Sündenfall. Deshalb sollte die Schweiz sie auch nicht nachmachen. Sie führt zu Marktver-

zerrungen. Im Vordergrund steht nicht mehr die Frage, ob bei einer Produktion eine Nachfrage der Konsumentinnen und Konsumenten besteht, sondern, was das Gesetz vorschreibt.



Produktionen aus Staaten, welche keine solche gesetzliche Regelung kennen, wären benachteiligt. Auch besteht keine Garantie, dass mit der Annahme des Filmgesetzes mehr Schweizer Produktionen auf Netflix und Co. gesehen werden würden. Schliesslich entscheiden am Ende die Konsumenten

selber, ob sie einen Film oder eine Serie schauen möchten. Überzeugt ein Film von der Handlung und Darstellung her nicht, nützt auch eine Quote nichts. Geld ist ohnehin kein Erfolgsgarant für Filme. Teure und aufwändige Produktionen haben sich in der Vergangenheit als Flops erwiesen, während günstig produzierte Filme auf sehr grossen Anklang gestossen sind. Die Gefahr besteht also, dass dieses Gesetz in erster Linie für die Galerie gemacht wird, und Symbolpolitik auf Kosten der Steuerzahler ist abzulehnen.

GAMS, BUCHS, SEVELEN UND GRABS

Über zwei Baukredite wird am 15. Mai abgestimmt

In der Gemeinde Gams sind die Turnhalle sowie der Gemeindesaal Widem bereits 50 Jahre alt. Einige Renovierungen sind zwischenzeitlich zwar erfolgt, nun zeigt sich aber, dass die Ausstattung sowie die Haustechnik der Turnhalle nach langjähriger Nutzung ihre Lebensdauer erreicht haben und saniert werden müssen. Hinzu kämen Anforderungen, die nicht mehr den Bedürfnissen der Nutzer entsprechen, und die Sicherheitsstandards müssten auf den neusten Stand gebracht werden, schreibt die Gemeinde Gams auf ihrer Internetseite. Der Gemeinderat hat zudem entschieden, den Bau einer Fotovoltaikanlage auf dem Dach des Schulhauses ebenfalls in diese Kreditvorlage zu integrieren. Damit beläuft sich die Kostenschätzung für das Bauprojekt «Sanierung Turnhalle und Gemeindesaal Widem» auf total 2,3 Millionen Franken, worüber die Gamser Bürger am 15. Mai entscheiden.

Genauso auch über den Neubau des Wasserreservoirs Bruedermäl, dessen Gesamtkosten sich gemäss Kostenvoranschlag auf 2,51 Millionen Franken belaufen. Die Bevölkerungszahl der Gemeinde Gams ist deutlich gewachsen. Ein Ausgleich konnte bisher nur durch einen Einbezug der höher liegenden Reservoirs oder durch den Bezug aus den Nachbarversorgungen erfolgen. Um auch in Zukunft die Bevölkerung mit ausreichend Trink-, Brauch- und Löschwasser zu versorgen, ist ein höheres Wasservolumen durch ein zusätzliches Reservoir erforderlich.

Ausbau der ARA Buchs

In Buchs steht die zweite Etappe des Ausbaus der Abwasserreinigungsanlage an. Diese wird rund 25,2 Millionen Franken kosten. Zu dem Abwasserverband gehören nebst der Stadt Buchs die Gemeinden Sevelen und Grabs. Die Bevölkerung dieser drei politischen Gemeinden stimmt in zwei Wochen über diesen Baukredit ab. Es geht um die Kreditanteile für die Leistungssteigerung der biologischen Reinigung sowie die Werterhaltungsmassnahmen. Die Kostenverteilung sieht folgendermassen aus: Buchs 11 385 129 Franken, Sevelen 8 261 800 Franken, Grabs 5 810 186 Franken. Die Erweiterung wie der Ausbau der ARA sind notwendig, weil sie bereits ein hohes Alter aufweist und das Bevölkerungswachstum zu einer zunehmenden Belastung führt sowie die gesetzlichen Vorgaben des Gewässerschutzgesetzes eingehalten werden müssen. (ms)

KANTONALE VORLAGE

Staatsarchiv an einem Ort zusammenfassen

Zusätzlich zu den nationalen Wahlen hat auch der Kanton St. Gallen eine Vorlage bereit. In der Volksabstimmung geht es um einen Baukredit von 44 Millionen Franken für ein neues Staatsarchiv. Derzeit befindet sich dies an drei Standorten und soll an einem Ort zusammengefasst werden. Damit beschäftigt sich der Kanton bereits einige

Jahre. Nun liegt eine Lösung vor: Die Liegenschaft am Standort Waldau, die derzeit als Studienzentrum der Ostschweizer Fachhochschule OST genutzt wird, soll zu einem kompakten und zukunftstauglichen Staatsarchiv umgebaut und mit unterirdischen Magazinräumen erweitert werden. Als historisches Gedächtnis und zentraler Wissens-

speicher des Kantons garantiere das Staatsarchiv Zugang zu den wichtigsten Schriftstücken des Staates, sagte Laura Bucher, Kulturchefin, an einer Medizinkonferenz. Bei einem Ja wäre der Baubeginn frühestens 2025 möglich. Das Studienzentrum wird 2024 auf das Areal des Innovationsparks OST in St. Gallen umziehen. (ms)